

Castroper Zeitung

48. Zabrgang

Kauzeler Neueste Nachrichten

Rotationsdruck und Verlag: Gastropfer Zeitung (Geschw. Schmick), Gastrop

Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrup und die Ämter Rangel und Bladenhörn

Nr. 74

Mittwoch, den 29. März

1922

Des Kanzlers kräftiges und entschiedenes Unerfüllbar!

Der Sitzungssaal des Reichstages zeigt das Bild eines großen Tages. Die Diplomaten- und Ministerlogen sind ebenso wie die allgemeinen Tribünen und die Pressetribünen überfüllt. Das Haus ist sehr gut besetzt.

Am Realernunastische Reichsanstalt Dr. Wirth
Bizefanzler Bauer, Dr. Rathenau, Dr. Köster,
Dr. Hermes, Reichsarbeitsminister Schmidt und
Dr. Braun.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt eine Erklärung der Reichsregierung.

Die Kanzlerrede.

Dr. Wirth steht im Gemaß der Rede darauf ein, unter welcher außerordentlichen Mühe das Steuerkompromiß ausgearbeitet worden ist, obwohl die wirtschaftliche Unsicherheit Deutschlands es fast ganz unmöglich gemacht hat, hierfür eine Basis zu schaffen. Nur unter Inbegriffung vieler politischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte ist es möglich, Parteien, die rechts und links von der Regierungskonstitution stehen, zur Annahme des Steuerkompromisses zu bewegen und dadurch sind in zweiter Lesung im Laufe der vergangenen Woche 14 neue Steuergesetze angenommen worden, die eine zusätzliche neue Einnahme von mehr als einer Goldmarkte versprechen. Das treibende Element, diese Steuern anzunehmen, war ein vernünftiger Ausweg innerhalb der Politik und man kann das Steuerkompromiß in diesem Zusammenhang wohl als integrierenden Bestandteil auch der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches bezeichnen. Von innen war die Durchföhrung dieser Politik nicht mehr gefährdet.

Sie ist von außen gekörnt worden. Durch die am 21. März erfolgte Uebergabe einer Note der Reparationskommission und eines Briefes der Reparationskommission an den deutschen Reichskanzler ist eine Laage geschaffen worden, die die Regierung veranlaßt, heute vor das Parlament mit einer Erklärung zu treten. Der Reichskanzler geht dann auf die Vorgesichte der Ueberwindung der Reparationsnote ein. Die historischen Betrachtungen weist der Kanzler u. a. darauf hin, daß die Bank von England es abgelehnt habe, Deutschland einen Kredit zu gewähren, solange es unter den Zahlungsbedingungen des Londoner Ultimatus steht. Darauf folgte das Londoner Protokoll. Der Reichskanzler erinnerte weiter an die Konferenz von Cannes. Eine Entscheidung wurde dort wegen des Regierungswechsels in Frankreich unmöglich. Es wurde nur eine vorläufige Entscheidung getroffen, die unsere Zahlungslasten auf 31 Millionen Goldmark festsetzt und von uns gewisse Garantien und Erklärungen verlangt, die auch abgegeben wurden. Der Reichskanzler befrucht dann die Entscheidung der Reparationskommission. Es werden statt der Darlehenssummen in Gold, die nach dem Londoner Zahlungsplan für 1922 etwa 3½ Milliarden betragen sollten, Darlehenssummen im Gesamtbetrag von 720 Millionen Goldmark aufgesteckt. Damit mußten wir rechnen. Ebenso waren wir

auf die Festsetzung der Sachleistungen abgesehen, die insgesamt für 1922 1450 Millionen Goldmark betragen sollten. Wir müßten also in diesem neuen Zahlungsplan allerdings eine Entlastung erblicken, wenn nicht die ganze Geltung des Abkommens auf die Frist vom 31. Mai beschränkt wäre, denn dann will die Reparationskommission prüfen, ob der provisorische Aufschub zu bestätigen oder für unwirksam zu erklären ist. Für den letzteren Fall will sie die vorstufte gestundete Summe innerhalb 14 Tagen einfordern (Münche und Gesichter.) Darin kann eine praktische Logik nicht erblickt werden. (Zustimmung.)

Das Schreiben an den Reichsoanzler.

bringt eine neue Erschwerung der Lage, durch die auch Deutschland mit Recht aufs tiefste erregt worden ist. (Zustimmung.) Durch den erschossenen Brief erabt sich auch deutlich, daß die ernsthaften Antirennancen der Reichsregierung von der Reparationskommission in keiner Weise gemildert wurden. Es scheint ihr jedes Verständnis dafür zu fehlen, welche Bedeutung die Steuerreform und das Steuerkombromiss haben. Die Reichsregierung wird anfordern, eine Vermehrung der Steuern vorzubereiten, die 50 Milliarden Papiermark mehr erbringt als die bisherigen Steuern. Diese 60 Milliarden sollen bis zum 31. Mai bewilligt und in Kraft gesetzt werden. (Hört! Hört!) 40 Milliarden sollen noch in diesem Jahre schärfgestellt werden. Nach einmündigen Erörterungen hat die Regierung schließlich, daß das eine völlig unmögliche Bedingung und Zumutung ist. (Zustimmung.) Mit aller Mühe haben wir versucht, unser Steuersystem den Anforderungen anzupassen. Unser direktes Steuersystem ist in einer Weise angebahnt, wie kaum ein anderes in der Welt.

Unsere indirekten Steuern sind ebenfalls in sehr scharfer Weise erhöht worden.

Die Note hat das Haushaltsdefizit allein um 28 Milliarden auf 224 Milliarden angebläht. Das beweist, daß Gewalttätigkeit lediglich zu einer weiteren Einschränkung der deutschen Leistungsfähigkeit und damit letzten Endes zu einer Schädigung der Seelensteife selbst führen muß. Aber nicht nur die Seelensteife, sondern die ganze Weltwirtschaft wird geschädigt. Wenn die balutarischen Verhältnisse von Mittel- und Ost-europa weiter zerfallen, so kann kein Aufbau der Weltwirtschaft erfolgen. Die Parteien des Reichstages sind mit dem Steuerkompromiß bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit des deutschen Steuerzahlers im gegenwärtigen Augen-blick gegangen. Schon aus rein parlamentarischen politischen Gründen sind

diese Forderungen unmöglich und unsinnig.

Am 10. April tritt die Konferenz von Genua zusammen und wird vielleicht den annern Monat tagen. Sie nimmt die Arbeitskraft aller Regierungen, auch der deutschen, in Anspruch. Wir können daher jetzt nicht an eine steuerliche Neuarbeit herantreten und nach müßiger Arbeit einen Neubau aufrichten. (Sehr richtig!) Es wird die Ausföhrung neuer Steuern mit einem bestimmt begrenzten Ertrage veronal. Das ist ein Einarriff in die Hobektsrechte der Nationen und in die geschahterischen Befugnisse des Reichstages. (Aufstimmung) Es wird allerdings in Aussicht gestellt, daß über diese Ueberwachungsmaßnahmen noch eine Vereinbarung stattfinden soll. Gegen das Verzicht jedoch muß ich schon heute im Namen der Reichs-

Regierung die schärfste Verwahrung einlegen. (Lebhafter Beifall.) Es ist mit der Selbstbestimmung eines Volkes und mit der Ehre einer großen Nation nicht vereinbar. (Erneuter Beifall.) Wir haben auf dem Gebiet der Kontrollkommission schon keine Erfahrungen hinter uns, so daß es niemand unter uns versteht, wenn dieses schändliche und unproduktive Entsemen fortbestehen soll. (Lebhafter Beifall in Säbelschlägen auf den Tribünen.) Dieser Forderung kann sich keine deutsche Regierung im Interesse unseres verarmten und notleidenden Volkes unterwerfen. Wenn schon die Besatzungskosten der feindlichen Armeen eine unachtreue Last bedeuten, so wäre es unerträglich, wenn Kontrollkommissionen auch dort kontrollieren wollten, wo nichts mehr zu kontrollieren ist. (Beifall und Pfusche.) Jeder Gedanke an Aufbau würde dadurch im Keime erstickt. Schon der eigene Egoismus unserer eheamtlosen Gegner sollte sie veranlassen, davon Abstand zu nehmen, wenn sie auch keinen Sinn dafür haben, daß ein besiegtes und verarmtes Volk die Ziele an den gedachten Tischen nur mit Gefächeln sehen kann, die nichts Gutes verheißen. (Beifall.) Die Regierung hat schon beim Verfall der Verträge einen Einschnitt der Reparationskommission in die inneren Angelegenheiten protestiert. Auch später wurde mehrfach dieser Protest erneuert. Kein Volk kann auf die Dauer angehalten werden, seine Gemeindefunktionen in den Dienst fremder Mächte zu stellen und auf sein Selbstbestimmungsrecht zu verzichten. (Beifall.) Die Kräfte wurde die gewalttätige Eintheilung der deutschen Steuern durch die Sieger sein. Es wurde damals von der Entente erwidert, daß das Garantiefomitee nicht berechtigt sein sollte, in den deutschen Zahlungsplan einzugreifen. An diese Auflage erinnere ich keine feierlichst die fremden Regierungen und fordere sie auf, nicht drei Jahre nach dem Friedensschluß Rechte zu beanspruchen, die sie selbst unter der frischen Nachwirkung des Krieges keineswegs als leere ungerechtfertigte Forderungen Deutschlands bezeichnet haben. (Beifall.) Am Auslande macht man sich offenbar eine ganz in-

Die neue Mann muß zunächst eine administrative Vorflutung von den deutschen Verhältnissen. Wir sind dabei, durch innere Reformen die schmerzhafte Lage des Staates zu erleichtern. Wir wollen die Verwaltungsausgaben möglichst einschränken. Dann wird aber kaum eine Goldmünze herausgewirtschaftet, nicht zu reden von dem wesentlichen Teil einer Goldmilliarde.

Der Etat für 1922 sieht mehr als zwei Drittel der Ausgaben für die Entente und nur ein Drittel für das Reich vor. (Hört! Hört!) Von den 86 Milliarden Papier, welche die Reichsverwaltung erfordert, ist fast die Hälfte, nämlich 41 Milliarden für die Verzinsung der Reichsschulden und für die Kriegsausgabe notwendig. Heer und Marine beanspruchen 4,7 Papiermilliarden, während England 106 Millionen Pfund und Frankreich 1,4 Milliarden Franken schon im Vorjahre ausgaben. (Lebhaftes Hört! Hört!) Es erheben sich für Deutschland im Jahre 1921 211 Millionen Gold, England 1,7 Milliarden Goldmark und Frankreich 1,4 Milliarden Goldmark. (Hört! Hört!) Das hier nicht viel einzuschränken ist, wissen die Kontrollkommissionen selbst am besten, wenn sie

uns vorschreiben, daß für jeden Reichswehrsoldaten nur zwei Anzüge vorhanden sein dürfen. (Gelächter.) Der Vertrieb der Post und Eisenbahnen sollen verbessert werden, aber ein neuer Sturz der Mark kann alle Pfaffen über den Haufen werfen. Milliarden kommen bei diesen Bemühungen aber nicht heraus. Schon jetzt werden unsere Beamten und Staatsarbeiter viel schlechter bezahlt als in den Ententeländern. Sämtliche Reichsminister, der Reichspräsident und der Reichskammerer kosten uns mit Einschluß der Aufwandsentschädigung ausnehmen nicht so viel, wie zwei Ententeenerale in Deutschland. (Entrüstungsrufe.) Unsere Sparpolitik zwingt uns dazu, die hygienische und kulturelle Entwicklung des Landes aufzuhalten. Auch auf dem Gebiet des Schulwesens kommen wir nicht vorwärts. Die Bekämpfung der Tuberkulose und anderer furchtbarer Folgen der Blodadezeit stockt. Das beste Gegenmittel ist die Verbesserung der deutschen Saluta, was allerdings nicht in unserer Macht liegt. Die Zwangsanleihe geht schon heute über die von der Entente geforderten neuen Steuern hinaus. Sie trägt den Charakter einer dauernden Vermögenssteuer infolge ihrer Unverrentlichkeit für einige Jahre. Bedeutungslos voll erscheint

die Frage einer äußeren Anleihe.

Die Regierung ist bereit, dabei mitzuwirken. Dieser fand diese Bemerkungen an der Zurückhaltung des Weltmarktes gescheitert. (Sörl! Sörl!) Der Reichskanzler erklärt, daß er eine sorgfältigst geprüfte Antwort der Reparationskommission erteilen werde. Von dieser Antwort wird es abhängen, ob der bisherige Weg der Verhandlungen weiter beibehalten werden wird. Die große Mehrheit des Hauses erklärt in der letzten Note die Fortsetzung einer endlosen Reihe von Noten, die einem Ultimatum gleichen. Wir verstehen nicht, daß einige Forderungen erfüllt werden können. Wir sind bereit, in Verhandlungen einzutreten, um zu beweisen, daß unsere Lage und unser Steuersystem die mechanische Anschreibung neuer 60 Milliarden Steuern nicht dulden. Die äußere Anleihe erscheint als der einzige Weg, der Deutschland und die Welt aus den bisherigen Wirrnissen herausführen könnte. Die Frage der Kombination einer äußeren Anleihe mit der Rwananleihe wird bereits im Finanzministerium geprüft. Ohne die Stabilisierung des deutschen Marktkurses ist ein Gleichgewicht des deutschen Budgets nicht zu erreichen. Es ist zwecklos, immer neue Steuern auszufordern, wenn die Entwertung der Mark alle Erträge wegnimmt. Die Note hat auch auf den Kursstand der Mark verhängnisvoll gewirkt und die Reparationskraft Deutschlands aufs schwerste geschädigt. Auch die deutschen Katenzahlungen haben den Kursstand der Mark sehr geschwächt. Wir haben alles daran gesetzt, um die Erfüllungspolitik um ihrer selbst willen zu treiben und um den profissionellen Raubzwei zu erbringen, wo die Grenze des Gefährbaren ist. Unsere finanzielle Lage hat sich in den letzten Wochen sehr verschlechtert. Es ist ganz ausgeschlossen, daß wir 1922 ohne ausländische Kredite unsere Verbindlichkeiten werden erfüllen können.

Der Wiederaufbau Mitteleuropas und Auf-
lands ist ohne die wirtschaftliche Gesundung
Deutschlands unmöglich. Die Welt hat zu wach-
sen zwischen dem Geist von Genua und der Re-
parationsnote. Entweder wird
Genua ein Licht der Zukunft oder ein Fresslicht.
Vor dieser Entscheidung stehen wir. Bis dahin
müssen wir alles tun, um Deutschland und Euro-
pa den Weg des Verderbens zu ersparen. (Leb-
hafter Beifall.)

Die Aussprache.

(In der Besprechung erklärt Abg. Bergt (Zinnl.), die Note sei nur ein Glibd in der Generaloffensive Frankreichs gegen Deutschland. Wir stehen seit mehreren Monaten direkt in einem Trümmersfeld von Uebersällen von französischer Seite. Die Versenkungen der französischen Kammer, die Polzeinote des General Klotet, der Abbruch der obersteilischen Verhandlungen, die Abbräunung Deutschlands von der Welt, alles das ist eine Gefantation. Frankreich hat Oberwasser erhalten und fühlt sich als Herr der Situation. England ist blind geworden als es Frankreich so groß werden ließ. Es ist trotz seiner Scheinardie sehr nahe daran, den Krieg gegen Frankreich endgültig zu verlieren, wenn es sich nicht im letzten Augenblick besinnt. Frankreich markiert, zum letzten Einbräuse auf. Wir sollen auf die Note mit einer krasseu Abwehröffensive des deutschen Volkes antworten. (Beifall rechts.) Einig sind wir mit dem Kanzler in der Abwehr der unerschämten Finanzkontrolle und der Forderungen der Reparationskommission. Warum wird der Reichskanzler aber erst heute energisch! Jetzt kommt es wieder zu spät. Auch wir verheissen es uns.

daß man uns behandelt, wie ehemals die Tür-
kei. Gerade weg, man könnte sich sonst die Finger
daran verbrennen. Man will dem Hoch-
schrittsfonds der Landwirtschaft, des Handels
und Gewerbes zu Leibe gehen. Unser Kinder-
reichthum ist Frankreich ein Dorn im Auge. Die
Entente will den Kassenwart spielen und uns
ein Meer von Blutsaugern ins Land setzen. Wir
wollen aber Herr sein im eigenen Lande und
brauchen keine Ernährungscommissare von Ent-
entequaden. Erstrechtlich ist, daß wir in dieser
Frage eine Einheitsfront im ganzen Hause ha-
ben. Der Redner fragt nach der Stellung des
Kaisers zur Erfassung der Sachverle. Die
Regierung beachtet zu wenig die innere Lage.
Wir fordern die Stilllegung der Rotenpresse um
Sicherstellung des Sachvermögens vor dem Zi-
griff der Entente. Die Rechtswidrigkeit des
Verfahrens der Entente hätte der Reichskanz-
ler in den Vordergrund stellen müssen. Rechts-
widrig ist namentlich die geforderte Steuerer-
trocke. Mit der Erfüllungspolitik muß endgültig
Schluß gemacht werden. Der Redner for-
dert Ausruf des Reichstages und des Reichs-
präsidenten und eine völlige Wendung des Re-
gierungssystems. (Beifall bei den Deutschna-
tionaleu.)

Abg. S. ampfier (Soz.) erklärt den Ton der Rede aeeruueu einer demokratiscnen Reue- rnung für unannehrbar. Man kann uns niedrig behandeln, aber nicht erniedrigen. Scnerst Verwahrung ist einzulegen gegen gewisse Treue- im Anlande, die, nachdem die Regierung einen Stoß von vorn erhalten hat, ihr einen Stoß von hinten geben möchten. Je schlechter die Deutscbland geht, umso veruueuarter sind diese Herren. Herr Herat war in seiner Rede man- ches voller als sonst. Saat Herr Berat Nein, es sollt Wauenbrecher noch Reiner. (Seitertel.) Herat hat Kranzfeld aeeruueu aufgefodert, an den Reichstauer keine Rücksicht zu nehmen, w ihm der Rückhalt im Wolfe fehlt. Der Sinnig- schkei unser armes Volk vor einem Reichsprä- sidenten nach dem Sinne des Herrn Herat. Sollen wir in drei Jahren wieder aufmachen, was die Rechte für Jahrhunderte verschlagen hat? Die Dissonanten müssen leut hinter die Krant, die Arbeiter an die Krant zum Wieder- aufbau. Das deutsche Volk will sich selbst re- gieren. Mutig vorwärts!

Das Haus verläßt sich. Mittwoch 1 Uhr:
Weiterberatung. Schluß 5½ Uhr.

Die Arbeiten des Reichstages.

Berlin, 24. März. Im Reichstags ist vorzusehen, daß die 3. Beratung der Steuererhebungsvorlagen am Donnerstag ihren Anfang nimmt. Man rechnet dabei von der Voraussetzung aus, daß die heute beginnende politische Aussprache am Mittwoch ihr Ende findet. In dieser Aussprache wird von jeder Partei nur ein Redner das Wort ergreifen. Vorzusehen sind noch folgende Redner: Dr. Stresemann (F.R.), Marr (Zentrum), Haas (Dem.) und von den Unabhängigen wahrscheinlich der Abgeordnete Breit feld.

Einigkeit

unter den Kompromißparteien.

Berlin, 28. März. Die Kräftigen traten heute vormittag vor der Kinnarsaktion auf, um den Bericht ihrer Vertreter über die gestrigen Besprechungen beim Kaiser entgegenzunehmen. Die Parteiführer traten in großen Rängen die Stellungnahme der Reichsregierung zu der Reparationsnote mit. Die Reichsregierung wird die geforderten 60 Milliarden neue Steuern als völlig unerlässlich ablehnen und darauf hinweisen, daß die von der Entente verlangte Kinnarskontrolle einen untröstlichen Einritt in die Staatshoheit, besonders einer demokratischen Staatshoheit bedeutet. Jedoch wird der Reichskaiser die für zu Verhandlungen mit der Reparationskommission über die internationale Festschreibung der Reparationen, die sich dem Steuerkommissionär angeschlossen haben. Deutsche Volkspartei, Zentrum und Sozialdemokraten, hat man sich mit den Führern der Reichsregierung einverstanden erklärt. Wie verlautet, soll die Deutsche Volkspartei die Sozialdemokratie als einzige nur unter der Voraussetzung billigen, daß die Regierung auch tatsächlich unentwertet aus ihrer Stellungnahme beharren wird.

Nach der Rede des Reichskanzlers, die, wie in parlamentarischen Kreisen verurteilt, ziemlich lang geworden wird, dürfte sofort die große politische Äußerung eintreten, und zwar werden die Reden der Sozialrepublikanten voraussichtlich nur kurz sein und sich darauf beschränken, die Reparationsnote zu kritisieren. Für die Sozialdemokraten wird der Abgeordnete Müller-Franke sprechen, für das Zentrum der Abg.

Die wichtigsten Fragen nicht auf die Tagesordnung von Genua.

London, 28. März. Im Unterhause kam es gestern zu einer kurzen Debatte über Genua. In Beantwortung einer Anfrage erklärte Chamberlain, daß die Regierungen von Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika eingeladen worden seien. Vertreter nach Genua zu entsenden, und daß sie die Einladung angenommen hätten. Der liberale Abgeordnete Sir Donald MacLain verlangte, daß das Haus, bevor der Premierminister am Montag im Parlament erscheine, eine klare Mitteilung darüber erhalten solle, worüber es in Genua auf die Genuefer Konferenz abstimmen solle. Lloyd George werde am nächsten Montag mit all seinen unvergleichlichen Gaben Fragen vorbringen, die zum größten Teil nicht zur Debatte gehörten. Das Haus müsse wissen, was in Genua erörtert werden solle. Es hätten bereits zahlreiche Konferenzen stattgefunden, seiner Schätzung nach 12, die unbefriedigende Ergebnisse erzielt hätten. (Zurückruf: Washington!)

Lord Robert Cecil: Das war die einzige Konferenz, an der Lloyd George nicht teilnahm. Sir Donald MacLain fährt fort: Für Genua würden übertriebene Hoffnungen gesetzt. Seiner Ansicht nach könnte nichts für die Wiederbelebung des internationalen Handels getan werden, wenn die Frage der deutschen Reparationen, der alliierten Schulden und der Abrechnung in London nicht geregelt würden. Diese Fragen ständen nicht auf der Tagesordnung der Genuefer Konferenz. Die Teilnahme Anhängen der Konferenz sei erfreulich; es würde aber wegen des in Russland herrschenden Chaos lange dauern, bis der russische Handel wieder hergestellt sei.

Französische Besorgungen für Genua.

Paris, 28. März. Der diplomatische Mitarbeiter des „Cablegramme“ glaubt mitteilen zu können, daß voraussichtlich noch in letzter Minute wichtige Änderungen in der Aufstellung der Delegation für Genua vorgenommen werden könnten, daß vielleicht Polnare entzogen werden könnten, die sich entschließen dürfte, selbst nach Genua zu gehen. Die Gründe für eine solche Eventualität laßt der diplomatische Mitarbeiter dieses Blattes folgenlos offen. Er scheint festzuhalten, daß die Konferenz von Genua trotz der Einschränkungen von Venedig doch eine politische Konferenz werden würde. Es sei zwar vereinbart worden, über welche Punkte man sich unterhalten werde, und auch der Vorschlag sei benachrichtigt worden, die betroffenen Vereinbarungen zu schließen. Aber es sei zu fürchten, daß der englische Premierminister den ganzen Washingtoner Abrüstungsplan vor die Konferenz bringen werde.

Die Türkei zur Konferenz ausgeschlossen. Paris, 28. März. Die französische Regierung hat im Einverständnis mit der italienischen Regierung die hohe Porte davon in Kenntnis gesetzt, daß keinerlei Einberufungsgründe dafür vorliegen, die Türkei an der Konferenz von Genua teilnehmen zu lassen.

Schanzer über Genua.

London, 28. März. Der italienische Außenminister Schanzer, der gestern Abend wieder nach Rom reiste, erklärte sich in einer Unterredung mit dem Reutersvertreter für sehr beileidigt über die Zusammenkunft mit Lloyd George. Ueber die Einladung der russischen Delegierten nach Genua sagte Schanzer, diese würden mit der größten Achtung empfangen. Die Alliierten erwarteten, daß die Russen nach Genua kommen würden in der Absicht, beim Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in Europa voll mitzuwirken. Seiner Ansicht nach kämen die russischen Delegierten nicht nach Genua, um politische Propaganda zu machen, sondern mit dem ausdrücklichen Zweck, die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas zu fördern.

Neutrale Vorbesprechung für Genua.

Basel, 28. März. Der Schweizer Bundesrat beschloß, die neutralen Sachverständigen, die an der Konferenz von Genua teilnehmen, auf den 5. April nach Bern zu einer Vorbesprechung einzuladen.

Aus dem Auslande.

Frankreich.

Rumänische Schweizereien in Paris.

Paris, 28. März. Gestern überreichte der neuseeländische rumänische Gesandte, Antonescu, Miliard sein Beglaubigungsschreiben, wobei eine Ansprache hielt, aus der folgende Sätze hervorzuhoben sind:

„Im Interesse des europäischen Friedens ist es unumgänglich notwendig, den Besiegten bereitwillig zu machen, daß die wesentlichen Bedingungen ihrer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Restitutions der Friedensverträge liegen. Rumänien ist in demselben Maße wie Frankreich daran interessiert, daß die Friedensverträge rezipiert werden. Mit seinen Alliierten, Polen, Süd-Slawen und Tschecho-Slowaken, wird sich Rumänien an Frankreichs Seite befinden, um dessen Politik der europäischen Konsolidierung auf der Grundlage der engen Solidarität unter den alliierten Völkern und der vollkommenen Anwendung der Friedensverträge zu unterstützen.“

Die Militäraufsicht über Deutschland.

Paris, 28. März. Wie die Morgenblätter mitteilen, ging bei der Vorkonferenz die Antwort der englischen Regierung auf den Vorschlag einer militärischen Kontrollkommission für Deutschland mit einer Dauer von acht Jahren ein. Dominantrecht glaubt, daß die Dauer dieser Kommission mit der Befugnis des linken Rheinufers identisch sein müsse.

Sich will das Moselgebiet besetzen.

Strasburg, 28. März. Wie die Strasburger Blätter aus Paris erfahren, hat eine Delegation der führenden französischen Generale unter Vorherrschaft des Marschalls Koch stattgefunden, in der die Reorganisation der französischen Besatzungstruppen am Rhein besprochen wurde. Marschall Koch betonte die Bedeutung des Moselgebietes durch französische Truppen nach Abzug der amerikanischen Streitkräfte als eine absolute Notwendigkeit.

zeitung wendet sich in scharfer Weise gegen die Gerichte von irgendwelchen Anschlußverhandlungen. Lippe denke nicht daran, seine staatliche Selbstständigkeit preiszugeben, dazu liege auch nicht der geringste Anlaß vor.

Neue kommunale Getränkesteuer in Sicht.

Dem Reichswirtschaftsrat liegt zurzeit ein Gesetzentwurf vor, durch den die Gemeinden das Recht erlangen sollen, auf den örtlichen Verbrauch von Wein, Schaumwein, Branntwein, Bier und Mineralwasser neben der vom Reich erhobenen allgemeinen Verbrauchssteuer kommunale Sondersteuern zu legen. Es wird ihnen freigestellt, diese Getränke entweder nach dem Kleinverkaufspreise, oder nach der Menge der zu verkauften Getränke zu bemessen. Für beide Fälle werden recht kräftige Höchstpreise vorgeschrieben, von denen die meisten Gemeinden angesichts ihrer Finanznöte wohl Gebrauch machen dürften. Vom Standpunkt der Steuerpolitik wäre das Nachsteuern in Gestalt von Zuschlägen zu den Verbrauchssteuern des Reiches zu erheben; damit wären die Gemeinden der Sorge um die recht komplizierte Eintreibung überhoben worden. Man scheint es darauf abgesehen, den ohnehin schon gewaltig angewachsen Beamtenapparat ins Uferlose zu vergrößern. Selbst die kleinste Gemeinde müßte Beamte für die Erhebung der Steuer und Kontrolle der Zufuhrwege anstellen. Für die Zahl der neu einzustellenden Steuerbeamten auf 1100 Köpfe, der Gebäudefund auf mindestens 55 Millionen Mark geschätzt worden. Für zahlreiche Gemeinden werden Zweifel geäußert, ob die Steuererträge die Unkosten der Erhebung decken werden, ganz abgesehen von dem unberechenbaren Rückgang des Verbrauches, den eine neue empfindliche Belastung des Gewerbes im Gefolge haben dürfte. Dadurch würde nicht nur die finanzielle Wirkung für die Gemeinden, sondern auch für die Reichskasse erheblich herabgemindert, denn bei den bewegten Getränken handelt es sich schließlich um entbehrliche Genussmittel. Zu allem kommt noch die unerträgliche Belastung der Gewerbetreibenden infolge der lokalen Steuererhebung, weil sie für alle Getränke eine getrennte Buchführung einrichten müssen, oder der Fabrikanten, die mit ihren Fuhrwerken von Ort zu Ort fahren, um ihre Grundstoffe zu bedienen und abzuliefern werden können, jedesmal erst den Steuernehmer vor sich zu machen, um die in eine Gemeinde eingeführten Getränke anzumelden.

Soll der Versuch einer kommunalen Sonderbesteuerung der Getränke trotz der mannigfachen entgegenstehenden Bedenken unternommen werden, so sollte man den einfacheren und besseren Weg der Erhebung von Zuschlägen zu den schon bestehenden Reichsverbrauchssteuern beschreiten, schon um einen immerhin möglichen finanziellen Erfolg nicht in Frage zu stellen.

Die Absperrung Ostpreußens von der Weichsel.

Berlin, 28. März. In der Donnerstagssitzung des preußischen Staatsrates lag ein Antrag des Abg. Freiherrn von Gahl vor, der sich mit der Forderung des freien Zuganges Ostpreußens zur Weichsel befaßt. Der Antragsteller bezeichnet diesen Fall als einen bisher in der Weltgeschichte unvorhergesehenen, gegen den der Provinziallandtag einstimmig Verwahrung einlegt und beschließen hätte, eine Deputation nach Paris zu entsenden, um die Reichsregierung in ihren Bemühungen, die Beschlüsse der Interalliierten Grenzfestsetzungskommission rückgängig zu machen zu unterstützen.

Die ostpreussischen Mitglieder des Staatsrates beantragten folgende Entschließung, zu der Präsident Dr. Adenauer die Zustimmung des Staatsrates feststellte:

„Der Vertrag von Versailles sichert im Artikel 97 dem durch den polnischen Korridor vom Reich abgeschnittenen Ostpreußen einen freien und ungehinderten Zugang zur Weichsel. Trotz dieses Vertragsartikels hat jetzt am 13. März, mit Wirkung vom 31. März d. Js., ab, die internationalisierte Grenzfestsetzungskommission die Grenze ostlich des Stromes gelegt, eine Reihe von Dorfern auf dem östlichen Weichselufer, in welchen am 11. Juli 1920 durchschnittlich 92 v. H. der Bevölkerung für Deutschland bestimmt haben, zu Polen geschlagen und Dörfern, die bei der vorläufigen Grenzfestsetzung im Jahre 1920 noch belassen wurde, Zugangswege zu dem Strom in Gestalt eines wenige Meter breiten Ufersstückes bei Kurzbrad mit diesem Flußgebiet genommen. Der preussische Staatsrat legt ferner Verwahrung ein gegen diesen offensiblen Vertragsbruch und die Vergeßlichkeit des jenseitig verbindlichen und vereinbarten Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Er erhebt Einspruch gegen diese erneute Verletzung deutschen und preussischen Gebietes. Der Staatsrat richtet an die Staatsregierung das Ersuchen, mit allem Ernst und Nachdruck bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß die Reichsregierung sich diesem unerhörten Versuch der Rechtsbeugung und der Vergeßlichkeit deutscher Reichs- und preussischer Staatsangehöriger mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln widersetzt und daß sie den Rechtspruch der internationalisierten Grenzfestsetzungskommission nie und nimmer anerkennt.“

Eine ähnlich lautende Erklärung wurde von Freiherrn v. Gahl im Reichsrat abgegeben, wo der bayerische Gesandte von Preger namens der übrigen im Reichsrat vertretenen Länder Ostpreußen sein warmes Mitgefühl ausdrückte. Minister des Innern Dr. Koerber betonte, daß sich die Reichsregierung in dieser Frage mit dem gesamten Reichsrat einig fühlte. Auch der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen hätten eine Delegation aus den von schwerem Unheil betroffenen Distrikten empfangen und ihr zugesagt, nicht nur mit allen der Reichsregierung zur Verfügung stehenden Mitteln die Entscheidung, wenn es angehe, rückgängig zu machen, sondern insbesondere auch zu ermöglichen, daß die Delegation so schnell wie möglich in Paris an Ort und Stelle ihren Protest und ihre Einwände zur Geltung bringen könne.

Deutschlands schwer bedroht sei; die Zugeständnisse der Entente könnten nicht als Moratorium bezeichnet werden, da sie uns neue Lasten auferlegten, die selbst bei einer Finanzkontrolle und bei weiteren sechs Milliarden neuer Steuern nicht geleistet werden könnten. Das Gebot der Stunde sei daher, den alliierten Regierungen die Unmöglichkeit dieser Forderungen klarzumachen und damit den Weg zu vernünftigen Verhandlungen zu bahnen. Was uns weiter nottue, sei ein wirkliches Moratorium, das eine Atempause von fünf bis zehn Jahren vorsehe, in der der eigene Wiederaufbau vorgenommen und Unterlagen für Kredite und internationale Anleihen geschaffen werden könnten. Dies müsse auch in Genua deutlich gesagt werden. Für die Erlangung des Kredits sei aber noch ein besonderes Vertrauen im Auslande nötig; dieses könne nur erreicht werden, wenn wir in der Erfüllung unserer Pflichten festhielten, soweit wir könnten. Alle diejenigen, die die Erfüllung der einseitigen Verpflichtungen ablehnten, betreiben Sabotage am Kredit des deutschen Vaterlandes.

Aus dem Reiche.

Der neue Reichsernährungsminister.

München, 28. März. Hochschulprofessor Rehr hat den Posten des Reichsernährungsministers angenommen.

Ermäßigung der Einkommensteuer für 1921.

Berlin, 28. März. Die großen Steuernachzahlungen, die für 1921 zu leisten sein werden, weil die Steuerermäßigungen nach dem neuen Tarif erst für das laufende Kalenderjahr in Kraft treten, beunruhigen jetzt viele Kreise. Es ist bereits erwähnt worden, wie unrichtig es war, den hochverschuldeten Tarif des Vorjahres in einer Zeit der größten Geldentwertung und der höchsten Preise für Lebensmittel des täglichen Bedarfs bestehen zu lassen. Jetzt ist im Reichstag eine Anfrage Proporz-Dr. Heffrich gestellt, der Verhältnisse nicht auf den Schätzungsgraphen der Reichsabschätzungsdirektion aufzustellen wolle. Die Finanzämter sollen demnach anzuweisen werden, daß sie bei gewissen unvollständigen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Ermäßigung oder einen Erlass der Einkommensteuer bis zur Einkommensgrenze von mindestens 50 000 Mark auf Antrag vornehmen können. Nach dem alten Gesetz waren 30 000 Mark die Grenze. Erst das neue, vom 1. Januar geltende Gesetz hat sie auf 80 000 Mark erweitert.

Neuregelung der Reichsverfahrensordnung.

Erhöhung der Geldstrafen gefordert.

Berlin, 28. März. Die Geldstrafen in der Reichsverfahrensordnung und im Anstellungsverfahrensrecht regelt ein Gesetzesentwurf, den der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns dem Reichstag hat zuweisen lassen. Durch das Gesetz wird der Höchstbetrag der Geldstrafen, die in den beiden genannten Gesetzen vorgesehen sind, auf das Doppelte erhöht. Das Bedürfnis der Erhöhung des Höchstbetrags auf Ordnungsgeldstrafen und Zwangsgeldstrafen beruht sich durch die Entwertung des Geldes.

Staatsrat und Staatsministerium.

Aus Kreisen des preussischen Staatsrates wird Dr. A. A. geäußert:

Durch einen Teil der Blätter ging in diesen Tagen eine Note, die gewisse, zwischen dem Staatsrat und dem Staatsministerium entstandene Schwierigkeiten über die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats behandelte. Die Sachlage wurde so dargestellt, als beanspruche der Staatsrat Rechte, die ihm die Verfassung nicht zubillige. Er sei nicht als eine dem Ministerium nachgeordnete Provinzialvertretung und strebe nun danach, als Erste Kammer anerkannt zu werden. Es sei ihm allerdings gelungen, von dem Professor Dr. Stier-Somlo, Köln, ein seiner Auffassung günstiges Gutachten zu erhalten. Die Unhaltbarkeit dieses Gutachtens sei aber durch ein Gegengutachten des Innenministeriums schlagend erwiesen.

Es liegen in der Tat Meinungsverschiedenheiten vor. Ihre Wurzel ist jedoch nicht in rechtswidrigen Machtmissbrauch des Staatsrats zu suchen, sondern in der Unklarheit der seinerzeit übereinstimmend angenommenen Verfassung. Immerhin steht es außer Zweifel, daß der Staatsrat so, wie das Ministerium ihn haben möchte, eine vollkommen überflüssige Einrichtung darstellen würde, während er, wenn ihm die von ihm selbst beanspruchten Rechte zugebilligt würden, eine sehr wertvolle Wirksamkeit entfalten könnte.

Im übrigen hat der Staatsrat sich seine Stellungnahme noch vorbehalten. Er hat zunächst die Herren Professor Dr. Freiherr von Preussner-Vorinshoven von der Arbeitsgemeinschaft und Mitglied von der Sozialdemokratischen Partei zu Berichterstattern erwählt und wird, nachdem er ihre Berichte entgegengenommen haben, in seiner April-Tagung sich darüber schlüssig machen, welche Schritte gegebenenfalls zu tun sind, ob insbesondere der Staatsrat sich ansetzen ist. Gewiß ist, daß, wenn dieser zu entscheiden haben, ob Preußen wirklich dem schrankenlosen Einkommensteuern ausgesetzt werden soll oder ob die Bürgerrechte bestehen bleiben werden, die in der Verfassung dank der Zusammenarbeit der Rechtsparteien und des Zentrums aufgeführt sind.

Die Forderung der juristischen Vorbildung.

Verordnung im Landtagsauschuß.

Berlin, 28. März. Im Unterrichtsausschuß des preussischen Landtages wurde die Beratung über die Durchbildung der Anwärter des öffentlichen Justiz- und Verwaltungsdienstes abgeschlossen. Die Ausprache drehte sich hauptsächlich um die Frage, wie weit der Referententwurf des Justizministeriums zu Grunde gelegt werden solle. Es herrschte unter allen Parteien die Meinung vor, daß nimmermehr als bald praktische Vorschläge auf Grund der ausgiebigen Erörterungen des Auschusses zu machen seien. Dabei war für die stärkere Betonung der staatswissenschaftlichen Studien, die Reform der Prüfung, und die Verlängerung der Studiendauer eine Mehrheit vorhanden.

femann. Die Demokraten vertritt der Abg. Haas und die Unabhängigen der Abg. Breitfeld. Die Koalitionsparteien werden voraussichtlich kein besonderes Vertrauensvotum stellen. Sollte aber die Partei der äußersten Rechten ein Misstrauensvotum stellen, dann dürfte wahrscheinlich auch seitens der Regierungsparteien ein Vertrauensvotum eingebracht werden.

Zur Konferenz der Ministerpräsidenten beim Reichskanzler.

Berlin, 28. März. Die Konferenz, die der Reichskanzler mit den Ministerpräsidenten der Länder in der Reichshaus hatte, war um 6 1/2 Uhr nachm. beendet. In Gegenwart des Reichsministers Dr. Rathenau teilte der Reichskanzler den Ministerpräsidenten die Mitteilungen der Regierungserklärung mit, die er heute im Reichstage abgeben wird.

Berlin, 28. März. An den Besprechungen mit den Ministerpräsidenten der Länder über die Reparationsnote nahmen außer dem Reichsaussenminister und dem Reichskanzler auch der Minister des Innern, der Reichswirtschaftsminister und der Leiter des Wiederaufbauministeriums teil. In der Debatte, an der sich die Minister und die Landespräsidenten der meisten Länder beteiligten, ergab sich einmütige Uebereinstimmung mit den Grundgedanken der von der Reichsregierung in dieser Frage beschlossenen und fortgeführten Politik. Sofort im Anschluß an diese Sitzung empfing der Reichskanzler die Führer der Parteien.

Berlin, 28. März. Die heutige Plenarsitzung des Reichstages beginnt um 2 Uhr. Die Kommunistenparteien werden voraussichtlich keine gemeinsame Erklärung zu der Reparationsnote abgeben, sondern einzeln dazu Stellung nehmen.

Berlin, 28. März. An die Besprechung mit den Ministerpräsidenten schloß sich ein Empfang der Führer der demokratischen Partei, des Zentrums, der Mehrheitssozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei beim Reichskanzler an. Bei dieser Gelegenheit gab Dr. Wirth abermals Auskunft über die Haltung des Reichskabinetts. Nach seinen Mitteilungen über die Note legte der Kanzler den Führern nahe, von einer sofortigen Diskussion abzusehen und sich erst in fraktionssitzungen mit ihren Darlegungen zu beschäftigen. Demgegenüber wurde auch von einer Aussprache abgesehen. Es läßt sich aber schon jetzt sagen, daß sich auch die 5 an dem Steuerkompromiß beteiligten Parteien in völliger Uebereinstimmung mit der Reichsregierung über die Reparationsnote befinden. Später empfing Dr. Wirth auch die Führer der Deutschnationalen und der Unabhängigen, denen er die gleichen Mitteilungen machte.

Der Kanzler für Ablehnung?

Berlin, 28. März. Aus der Kanzlerbesprechung mit den Ministerpräsidenten verlautet, daß der Reichskanzler die Forderung von 60 Milliarden Mark neuer Steuern und eine Finanzkontrolle als unerfüllbar ablehnte, gleichzeitig aber betonte, er die Notwendigkeit, die Ausgaben des Reiches durch eine noch größere Sparpolitik zu verringern. Im übrigen aber würde die Möglichkeit zu Verhandlungen mit der Reparationskommission offen gelassen werden.

Die Beratungen der Parteien.

Berlin, 28. März. Die Deutsche Volkspartei versammelte sich noch gestern Abend zu einer Fraktionsversammlung, um sich über ihre Haltung in der heutigen Reichstagsitzung zu beraten. Die übrigen Parteien werden heute vormittag Fraktionsversammlungen abhalten.

Berlin, 28. März. Die gestrige Besprechung der Deutschen Volkspartei soll heute vormittag fortgesetzt werden. Die Ansicht der Fraktion geht übereinstimmend dahin, daß die Note Forderungen an uns stellt, die durchaus unerfüllbar sind und mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden müssen. Für die weitere Haltung der Fraktion wird entscheidend sein, ob die Regierung unnahegeblieben und fest bleibt und sich nicht auf Verhandlungen einläßt, die doch sicher zu unmöglichen Zugeständnissen führen werden.

Stresemann über die Lage.

Stadthagen, 28. März. Im Anschluß an den gestern hier abgehaltenen vierten Gauparteitag der Deutschen Volkspartei sprach Dr. Stresemann über die innen- und außenpolitische Lage. Der Hauptteil seiner Erklärungen befaßte sich mit der neuen Reparationsnote. Dr. Stresemann betonte, wie gerade diese Note zum Ausdruck gebracht habe, wie sehr Deutschland auf gehört hat, ein selbstständiger Staat zu sein. In solcher Entscheidungslage dürfen im deutschen Volke nicht parteipolitische Leidenschaften entfacht werden, sondern es sei vor allem notwendig, daß uns Eingende zu betonen. Außenpolitisch sah der Redner „den Kampf entwickeln zwischen der Auffassung der anglo-amerikanischen Welt, daß die ganze Welt leiden müsse, wenn Deutschland leide und zusammenbräche, und zwischen der französischen und wirtschaftlichen Denkweise auf der anderen Seite. Frankreich treibe seine Politik aus rein politischer Machtensicht, weil es Deutschland noch immer fürchte. Aus dieser Furcht heraus unterfalle Frankreich alles, was Deutschlands Einheit gefährden könne. Deshalb dürfe in dieser Zeit außenpolitischer Bedrohung niemand an dem Bestehen des preussischen Staates rütteln. Preußen sei der feste Kern, um den sich das Deutsche Reich gebildet habe, und wenn wir heute nicht wissen, ob das Reich erhalten bleibt, muß wenigstens Preußen erhalten bleiben als Kern für eine spätere Neubildung des Reiches. Der Redner vermutet, daß Frankreich uns in den Völkerrückgang hineintreiben wolle, um dann die Bestehen deutschen Landes zu einer dauernden werden lassen zu können. Dr. Stresemann wies dann im einzelnen nach, daß die Forderungen der Feinde wirtschaftlich unsinnig und politisch völlig unmöglich seien. Darum glaube er auch, daß gegenüber dieser Note die deutsche Regierung ein Nein zum Ausdruck bringen werde. Stresemann schloß: Die Völker und Völker, auf denen das alte Deutschland ruhte, sind abgebrochen, das Kaiserreich ist dahin, auch die Armeen, die Schutzwehr gegen den äußeren Feind. Der Redner erntete starken Beifall.

Dr. Dernburg für die Erfüllungspolitik.

Köln, 28. März. In einer demokratischen Versammlung sagte heute Reichsminister a. D.

Im Saale der Stadtverwaltung...
Am Ende des...
Sammlung des...
strob und...
vorgeschlagene...
Städtischen...
Unter den...
bsterium, die...
der des...
Kuratorien der...
Schuldeputation...
der umliegenden...
Amtsversammlung...
das natürlich...
stelle, waren...
aus den Gemein...
sunde, Bödingha...
gen 120 Verber...
Der Vorstehen...
Herr Oberbaurat...
in den Einwohn...
sch willkommen...
brnd, daß man...
geleitet hatte...
bafür, daß die...
Interesse an der...
die sie heute...
hätten und nicht...
Bereitschaft...
schwelend hinzu...
teiste dann Herr...
Wort. Dieser m...
Die Zeit ist...
daß sich einem...
drängt, ob es...
nieren nicht...
zu vermeiden...
des lath Teiles...
aus ein solch...
„Ehe ich Sie...
Bereitschaft...
und der Nachb...
anlässlich der...
höheren Mächte...
machen mit den...
die Befehle die...
Abaten als unse...
Anspruch zu nehm...
etwas weiter...
rückung des...
Castro vertraut...
Im Jahre 1...
höhere katholische...
städtische Refor...
übernehmen...
und einer Wä...
wurde der Aus...
einem Realprogr...
Körperschaften...
ber: Mädchen...
sollten wie die...
Weile der Begrif...
aus dem Schrift...
dem Amte Naur...
lich der Verban...
der Kosten der...
ten geführt wu...
das Kuratorium...
in a leichen...
lath. Glaubens...
wurde in einer...
gr und Tab...
sin ausgeteilt...
Lehrkräfte des...
und 3 lath. Ob...
lath. Mittelschul...
lassen. Auszeich...
nung vom Vorst...
rität, sei der...
so werde der...
kenntnis...
neie seinem...
des Kuratorium...

